



Editorial

Eine kleine Geschichte:
Im Mittelalter besuchte ein Lehnsherr die Baustelle einer Kathedrale. «Was machen Sie?» fragte er drei Arbeiter.
Der Erste: «Ich schlage Steine auseinander.» Der Zweite: «Ich verdiene mein Brot.» Der Dritte: «Ich baue eine Kathedrale.»

Bauen Politiker, Parteien, Bundesrat noch Kathedralen? Schlagen sie nicht eher – medienwirksam – Steine auseinander? Jeder Einzelne in seinem eigenen Steinbruch... Und wir, gesättigte Schweizer? Quälen wir uns nicht in erster Linie um Brot für den materiellen Konsum zu verdienen? Die Vereinigung PRO LIBERTATE wird 2000 die Fundamente für den Bau einer Kathedrale legen: Für die Schweizer Miliz-Armee, für die Ehre der Aktivdienstgeneration, für ein Schweizer Bürgertum. Niemand wird uns auf dieser Baustelle «Schweiz» behindern. Niemand. Wir haben unseren Auftrag zu erfüllen. Prestige überlassen wir den Eitlen.

Werner Gartenmann, Präsident

Steuern zahlen macht nicht süchtig!

Diese Tatsache ist für Viele denn auch gleich der einzige Vorteil! Wenn man die Erhöhung der Steuerquote in unserem Land in den letzten Jahren betrachtet, dann könnte es einem Angst und Bange werden. In der Stadt Bern steht bereits wieder ein Budget zur Abstimmung an. Nach hartem Ringen schlägt der rot-grün dominierte Gemeinderat eine Steuererhöhung von 2,3 auf 2,4 Einheiten vor. Grund der Diskussion war jedoch nicht, ob man den Steuersatz beibehalten oder gar senken sollte, sondern eine Minderheit der Sozialdemokraten (genauer gesagt der Sozialdemokratinnen) forderte eine Erhöhung auf 2,5. Dies mag nicht erstaunen, denn die Ausgabefreudigkeit rot-grüner Parlamente ist nicht nur in Bern ungebrochen hoch und all denjenigen, die keine Steuern zahlen, wird es auch künftig egal sein, wenn die Steueransätze massiv steigen. Dass der Kanton Bern am gleichen Abstimmungsdatum ein neues Steuergesetz vorlegt, ist lobenswert, denn seit langem werden erstmals kleine Zugeständnisse an die Steuerzahlenden gemacht. Die Steuerreduktionen sind zugegebenermassen selbst mit der sogenannten «Hauptvariante» bescheiden und der Kanton Bern steht für Arbeitnehmende und den traditionellen Mittelstand im Quervergleich nach wie vor nicht gut da. Aber immerhin, eine Trendwende scheint in Sicht.

Wenn nun Politiker des linken Lagers beim Thema Steuerpolitik immer wieder von «Steuergeschenken» sprechen, dann ist dies schlicht falsch. Oder haben Sie vom Staat schon einmal Geld erhalten, dass nicht Sie selbst vorher einbezahlt haben? Korrekterweise müsste man folglich stipulieren, dass der Raubzug auf die Steuergelder weniger gross ausfalle, und man den einzelnen Zahlenden weniger abverlange. Das Wort

«Geschenk» tönt jedoch eindeutig polemischer und wird daher auch künftig in allen Politdiskussionen zu hören sein.

Ist es denn gerecht, wenn man in der Berner Steueroase Muri genau die Hälfte zahlt als wenige Hundert Meter weiter in der Stadt Bern? Auf den ersten Blick mag dies vor allem Berner Steuerzahlende verärgern, andererseits ist es eine Illusion zu glauben, bei einer Steuerharmonisierung wäre das Steuerebene künftig auf der Höhe der Gemeinde Muri. Viel eher ist es so, dass ohne Steuerwettbewerb unter den Gemeinden und ohne Steuerkonkurrenz unter den Kantonen generell ein höheres Steuerniveau Platz greifen würde. Verlierer wären dann alle. Warum? Weil es genug politische Interessengemeinschaften, Parteien und Gruppierungen gibt, die jederzeit «gute Ideen» haben, wie man Steuergelder verwenden kann. Getreu dem Motto, man melke die Kuh solange man kann. Da ist die Steuersenkungsinitiative der Jungen SVP im Kanton Schaffhausen geradezu erfrischend.

Natürlich ist die Steuerharmonisierung auch in der EU ein Thema. Sogenannte «Quellensteuern» sollten künftig ein-

Sie lesen heute

Hauptversammlung, 18. 3. 2000	2
Tätigkeit 2000	3
Der Zorn des Herrn Altbundesrates	5
Initiative zustandegekommen	5
Vorsicht: Russische Botschaften	6
In Kürze	7
J-Stempel	8
Werben Sie neue Mitglieder	8

heitlich erhoben werden und da ist die Schweiz als Nichtmitglied der EU einmal mehr ein Hindernis. Analog dem Kampf gegen das Bankkundengeheimnis verlangt man auch beim Thema Steuerharmonisierung Verhandlungsbereitschaft der Schweiz. Steuerwettbewerb widerspricht nun einmal der von der sozialistischen Internationalen bekämpften freien Marktwirtschaft. Einheitssteuern kommen daher wie gerufen.

Bisher konnte jede Regierung, welche mit den von ihr erhobenen Steuergeldern sparsam umging (und dies müsste als Grundvoraussetzung ja eigentlich immer so sein!), Budgetüberschüsse erzielen und diese in Form von Steuer-senkungen den Bürgern zurückerstat-ten. Regierungen hingegen, die mit dem Geld der Steuerzahler grosszügig bis fahrlässig umgingen, mussten ihre Defizite durch Steuererhöhungen decken. Dieser Grundsatz galt weltweit. So gab es in Ländern mit integren und ideen-reichen Regierungen tiefere Steuersätze, und damit ein günstiges Investitionsklima, welches das jeweilige Land für ausländische Investoren attraktiv machte. Doch damit soll nun Schluss sein. Gleichheit heisst das Ziel, Gleichheit wie wir sie auf der EU-Ge-setzesebene bereits kennen.

Aus diesem Grund und weil praktisch alle EU-Länder hoch verschuldet sind (und daher ihre Schulden entweder über

eine höhere Inflation oder eben über Steuererhöhungen abtragen müssen), soll es nun nicht mehr vorkommen, dass ein EU-Bürger sein Vermögen im Nicht-EU-Ausland anlegt, wo er auf seine Zinserträge geringere Steuern (Quellensteuern) entrichten muss. Da es zum Funktionieren dieses Systems zwingend notwendig ist, dass kein Land eine Ausnahme macht, laufen derzeit Bestrebungen, die Steueroase Luxemburg sowie die steuerlich ebenfalls vorteilhaften britischen Kanalinseln Jersey und Guernsey als solche zum Verschwinden zu bringen.

Mit andern Worten: Die EU kann nur dann eine einheitliche (hohe) Steuer auf Kapitalerträge erheben, wenn die Schweiz das gleiche tut. Schert die Schweiz aus, wird die EU-Steuer um-gangen, indem die Anleger ihr Geld steuergünstig in der Schweiz anlegen. Eine Situation also, bei der die Schweiz eigentlich nur gewinnen kann, müsste man meinen – vorausgesetzt natürlich, dass sie hart bleibt und eine unab-hängige Steuerpolitik betreibt. Ob der Bundesrat diesem sozialistischen Steuer-konzept jedoch widerstehen kann? Die bisherigen Erfahrungen lassen Zweifel aufkommen, ob unsere Regie-rung die nötige Kraft und den notwen-digen Mut zum Alleingang hat. Der Finanzplatz Schweiz jedenfalls ist in grösster Gefahr und die wenigsten ha-ben bis heute etwas bemerkt!

Philippe P. Mägerle hat es kürzlich tref-fend ausgedrückt: «Als Trost mag blei-ben, dass im Zeitalter der Globalisie-rung auch ein Einbezug der Schweiz in das Steuerkorsett der EU den hohen Herren in Brüssel keine Garantie für ihr Handeln mehr gibt. Was heute in der Schweiz gemacht wird, kann morgen auf den Bahamas und übermorgen viel-eicht in Nauru gemacht werden. Privates Kapital findet auf der Flucht vor Steuervögten immer seinen Weg in die Sicherheit. Ob aber auch die Schweizer Finanzinstitute und ihre Hundertausen-den von Angestellten so einfach auf die Bahamas oder nach Nauru dislozieren können, bleibt natürlich fraglich.»

Bleibt eigentlich nur anzumerken, dass es mir lieber wäre, wenn gewisse Ge-nossinnen und Genossen sich auf die besagten Inseln zurückziehen würden und die sogenannte bürgerliche Mehr-heit in der Schweiz endlich auch als solche im eidgenössischen Parlament auftreten würde. Manchmal werden ja bekanntlich Träume wahr!

Stadtrat Thomas Fuchs ist Präsident Finanzkommission der Stadt Bern und Sekretär der Schweizerischen Vereini-gung PRO LIBERTATE

Hauptversammlung, 18. März 2000

Walter Rytz, Präsident, begrüsst die über 60 anwesenden Damen und Her-ren und heisst sie herzlich willkommen. Das Protokoll der letzten HV wird ein-stimmig genehmigt. Die in der letzten Nummer der PRO-LIBERTATE-Mitte-lungen gedruckten Jahresberichte wer-den ohne Gegenstimme genehmigt und verdankt. Dazu ist zu bemerken, dass

insbesondere unseren beiden letzten Schriften «Die J-Stempel-Saga» und «Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945» ein sehr grosser Erfolg beschieden war. Die Jahresrechnung wurde ohne Fragen genehmigt, ebenso waren die Anwesenden damit einver-standen, die Jahresbeiträge auf der bis-herigen Höhe zu belassen. Sie geneh-

migten in der Folge auch das ausge-glichene Budget für das Jahr 2000. Walter Rytz wird in diesem Jahr 70 Jah-re alt. Er trat als Präsident zurück, ver-bleibt jedoch als Beisitzer im Vorstand. Die Versammlung ernennt einstimmig Werner Gartenmann zum neuen Prä-sidenten. Die weiteren Vorstandsmit-glieder, Max Gerber (Vizepräsident),



Werner Gartenmann
Präsident



Max Gerber
Vizepräsident
Ehrenmitglied



Marcel Bieri
Kassier



Walter Rytz
Alt Präsident
Ehrenmitglied



Thomas Fuchs
Sekretär



Christoph Gilgen



Christian Schmid

Thomas Fuchs (Sekretär), Marcel Bieri (Kassier), Walter Rytz, Christian Schmid und Christoph Gilgen werden in globo für eine weitere Amtsdauer von drei Jahren bestätigt. Frau Annemarie Steffen tritt aus dem Vorstand zurück, bleibt jedoch Mitglied unserer Vereinigung.

Max Gerber dankt dem abtretenden Präsidenten Walter Rytz für seine unermüdliche Tätigkeit in den vergangenen Jahren, besonders werden die zahlreich durchgeführten Veranstaltungen als Meilensteine seiner Präsidentschaft angesehen. Werner Gartenmann dankt Max

Gerber für seinen grossartigen Einsatz während über zwei Jahrzehnten für unsere Sache. Er ist es gewesen, der für den einheitlichen Auftritt unserer Publikationen und die rechtzeitige Herausgabe des Mitglieder-Bulletins massgeblich verantwortlich zeichnete. Sein unermüdliches Engagement ist vorbildlich.

Auf Grund ihrer Verdienste werden die beiden Vorstandsmitglieder, Walter Rytz und Max Gerber, zu Ehrenmitgliedern ernannt, die Versammlung unterstützte die Anträge mit grossem Applaus. Der neue Präsident Werner Gartenmann

stellt das Tätigkeitsprogramm 2000 vor. Lesen Sie dazu den Artikel auf Seite 3.

Im Anschluss an die Versammlung spricht Nationalrat Dr. P. Triponez zum Thema «Sicherheit». Seine interessanten Ausführungen provozierten zahlreiche Fragen zum gegenwärtigen Aktivismus des Verteidigungsdepartementes. Der anschliessende Apéro und das Mittagessen für angemeldete Teilnehmer rundet diesen interessanten Tag in gemütlicher Atmosphäre ab.

Marcel Bieri, Kassier

Tätigkeit 2000

Der politische und gesellschaftliche Alltag ist hektisch. Das Tempo wird nicht mehr durch den Willen bestimmt, übergeordnete Ziele bzw. ganzheitliche Anliegen zu erreichen. Partikularinteressen aus allen Ecken machen Druck. Die Informationsgesellschaft und das Profit-Denken der Medienkonzerne leisten den Ego-Trips Vorschub. Die Vereinigung PRO LIBERTATE hat sich auf Hauptereignisse zu beschränken. Wir müssen auf grundsätzliche Fragen Antworten vorbereiten. Deshalb verfolgt die Tätigkeit 2000 drei Ziele:

1. Erhalt und Förderung des Schweizer Bürgertums
2. Ausbau der Mitgliederzahlen
3. Vorbereitung Tätigkeit 2001.

- Wir sind eine bürgerliche Vereinigung. Das Schweizer Bürgertum setzte und setzt das Fundament für Wohlstand und Sicherheit. Die Vereinigung PRO LIBERTATE will diese bürgerlichen Tugenden in Erinnerung rufen, sie fördern. Eine dieser Tugenden ist das eidgenössische Wehrwesen. Der Bürger als Soldat. Gerade aus dieser Formel leiten sich bestimmende Momente für das Verständnis des schweizerischen Staatswesens ab. Notwendiges Rüstzeug für die Zukunft ist die Kenntnis der eigenen Geschichte, der eigenen Wurzeln. Zum Beispiel die Erkenntnis, dass das Schweizer Volk während des Zweiten Weltkrieges den Willen hatte, für seine Freiheit zu kämpfen.
- Die Vereinigung PRO LIBERTATE muss mehr Mitglieder gewinnen. Nur so erhält sie politisches Gewicht.

- Das Vereinsjahr 2001 muss bereits jetzt vorbereitet werden. Es geht darum, die Prioritäten zu erkennen. Das notwendige Wissen zu erwerben.

Um die drei Ziele zu erreichen, nehmen wir uns drei Themen an:

- Kampf gegen die Armee-Halbierungs-Initiative der Sozialdemokraten
- Würdigung der Aktivdienstgeneration
- Kritische Stellungnahme zur Armeereform XXI.

Entwaffnung der Schweiz

Wir haben beschlossen, den Kampf gegen die Armee-Halbierungs-Initiative (Umverteilungs-Initiative) der Sozialdemokraten zu unterstützen. Die Bundesratspartei SP will die Ausgaben für die Armee auf die Hälfte des Budgets 1987 einfrieren. Die freigestellten Gelder sollen aber nicht eingespart werden, sondern mittels Umverteilung der Sozial-, Friedens- und Entwicklungspolitik zufließen.

Die Sozialdemokraten wollen die Schweiz entwaffnen: Auch die Beschaffung des neuen Schützenpanzers CV-9030 (Bild) ist gefährdet. Sollen die Schweizer Soldaten mit 40-jährigen Oldtimern in den Einsatz? (Photo Keystone)



Diese Forderung ist nichts anderes als ein Schritt auf dem Weg zur Armee-Abschaffung. Sie schränkt die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit der Schweiz ein und verunmöglicht die Durchsetzung einer klaren Neutralitätspolitik. Die Initiative ist mit Geschenkpapier – bedruckt mit sozialistischen Rosen – volksverföhrend verpackt und deshalb geföhrlieh.

Die grossen Hilfswerke (u.a. Brot für alle, Fastenopfer, Swissaid, Helvetas, Caritas) und kirchliche Kreise beföhworten das Vorhaben! Die linke Entwaffnungspolitik erhöhlt indirekte Unterstützung, u.a. von «FDP-Wirtschaftsminister» Couchepin und den Arbeitgebern. Die Armee sei zu globalisieren, zu verkleinern. Unklare Informationen aus dem Verteidigungsdepartement über die Armee reform XXI verunsichert die Miliz. Mentales Chaos im bürgerlichen Pro-Armeelager; die Linke reibt sich schmunzelnd die Hände und verbündet sich mit FDP-Kreisen. Die Abschaffung der Armee und Zerschlagung der Wehr-Tradition heiligen die Allianzen.

General-Guisan-Zyklus

Parallel zu den Aktionen gegen die Entwaffnung der Schweiz setzen wir uns weiterhin für die Aktivdienstgeneration ein. Die Themen gehören zusammen. Wer linke und internationalistische

Ziele erreichen will, verunglimpft die Aktivdienstgeneration, die Leistung der Vorfahren. Selbstbehauptung wird dadurch zur Unmoral, das Nationale zum Verbrechen.

General Guisan wurde 1999 aufgrund verschiedener Umfragen zur bedeutendsten Persönlichkeit der Schweiz im 20. Jahrhundert gewählt. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger stehen also zu ihren Wurzeln. Vor 60 Jahren fand der Rapport auf dem Rütli statt. Deshalb werden wir 2000, an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert, einen General-Guisan-Zyklus durchführen. General Guisan soll in Erinnerung bleiben. Ab August bis Ende November finden drei Veranstaltungen statt. Diese Erlebnistage werden an historisch wichtigen Stätten durchgeführt. Sie vermitteln notwendiges Geschichtswissen, erzählen aus dem Alltag des Generals. Sachverständige orientieren über die Gefahr der Entwaffnungs-Initiative und über den aktuellen Stand der Armee reform XXI.

Armee reform XXI

Noch vor den Sommerferien werden wir erfahren, wie die neue Armee aussehen wird. Wir wollen Stellung beziehen: Ist es noch eine Miliz-Armee? Will man lediglich eine auf Auslandseinsätze spezialisierte High-Tech-Armee? Eine Zwei-Klassen-Armee? Ist die NATO bestimmende Kraft in der Ausbildung

und Ausrüstung? Welche verteidigungspolitischen Lücken nimmt man in Kauf?

Interne Strukturen

Wir haben gute Voraussetzungen, das Programm 2000 zu realisieren. Dennoch müssen wir intern die Strukturen anpassen. Die zu trägen Kommissionen (Militär-, Medien-, Werbe-) werden durch eine projektorientierte Struktur ersetzt. Dies erlaubt, rasch auf Ereignisse zu reagieren. Die Vorstandsmitglieder sind nicht in den thematisch engdefinierten Kommissionen eingebunden, sondern können flexibel die Arbeit dort aufnehmen, wo es notwendig sein wird.

Ausbau der Instrumente

Die Herausgabe des Mitglieder-Zeitung PRO-LIBERTATE-Mitteilungen setzen wir vorläufig unverändert weiter. Eine Erhöhung der Erscheinungsweise von heute vier auf neu sechs Ausgaben ist überlegenswert. Die erfolgreiche

Ziel der Vereinigung PRO LIBERTATE:
Ein Schweizer Bürgertum

Anpassung
interner Strukturen:
Projekt-Organisation

Kampf gegen
Umverteilungs-
Initiative
Guisan-Zyklus
Stellungnahme zur
Armee XXI

Mitglieder-Zuwachs
Vorbereitung Tätigkeit 2001



General-Guisan-Zyklus
2000: Schloss Jegenstorf im
Kanton Bern, 1944–45:
Standort des persönlichen
Stabes des Generals

General Guisan auf seinem
Pferd Nobs

(Photos Keystone)

Schriftenreihe findet Ende Jahr mit einer neuen Schrift ihre Ergänzung. Der Inhalt wird sich aus aktuellem Anlass der schweizerischen Sicherheitspolitik widmen.

Der Internet-Auftritt muss bis Herbst 2000 vorbereitet sein. Dieses moderne Medium wird für die Mitgliederwerbung interessante Perspektiven eröffnen.

Ich bin überzeugt: Mit dem soeben dargelegten Gerüst leisten wir wiederum einen aktiven Beitrag zur Erreichung unserer Anliegen.

Wir passen uns dem Zeitgeist nicht an. Wir haben unseren Weg zu gehen. Die Mitglieder, Gönner und Sympathisanten haben dem Vorstand den Auftrag erteilt, für «die Freiheit» zu arbeiten.

W. Gartenmann, Präsident

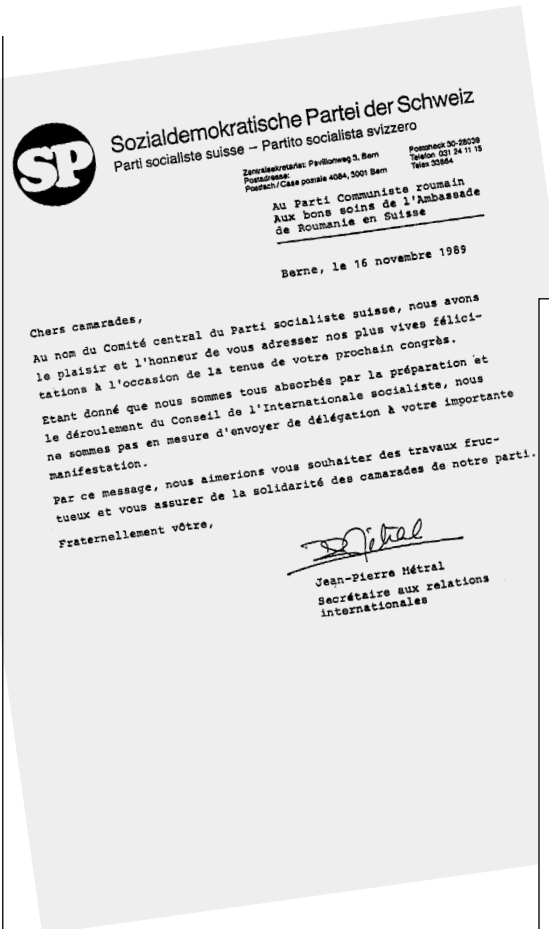
Der Zorn des Herrn Altbundesrates

Zum Besuch von Bundeskanzler Wolfgang Schässel, am 31. März 2000, musste sich auch Altbundesrat Felber (SP) vernehmen lassen. *Er sei erzürnt, dass die Schweiz den österreichischen Bundeskanzler empfängt. Es sei eine Frage der Moral, eine Regierung zurückzuweisen, die unter ihren Mitgliedern Nazi-Vertreter habe und eine rassistische und fremdenfeindliche Tendenz aufweise.* Radio DRS hat den Erguss am Tag vor dem Besuch in den Nachrichtenblöcken eifrig verbreitet, die NZZ brachte ihn kleingedruckt als Kurzmeldung.

Felber ist 1987 gewählt worden und leitete bis zu seinem Rücktritt 1993 das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten. 1989, während seiner Amtszeit also, richtete seine Partei brüderliche Grüsse an die rumänischen Kommunisten. Denen sie anscheinend sehr nahestand, wie der herzliche Ton der frohen Solidaritätsbotschaft beweist (siehe Repro nebenan).

Wir erinnern uns nicht, dass Herr Felber die freundliche Geste der SP Schweiz missbilligt hätte; er wird sie vielmehr mit Genugtuung vermerkt haben. Skrupel scheint er nicht gekannt zu haben, als seine Parteigenossen jene Kommunisten übelster Sorte ihrer Verbundenheit versicherten. Von Moral war damals beim Herrn Altbundesrat nicht die Rede.

Was die früheren Eskapaden seiner Parteigänger betrifft, die Wallfahrten zu und Bücklinge vor Erich Honecker, ist in unseren Mitteilungen (Nr. 4/1999, S. 4) nachzulesen. An seine Reise in die DDR (1982) erinnert sich Altnationalrat Hubacher anscheinend nur ungern. «Das waren keine Freundschafts-



An die Rumänische Botschaft in der Schweiz zuhanden der Rumänischen Kommunistischen Botschaft

Bern, den 16. November 1989

Liebe Genossen,
Im Namen des Zentralvorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz haben wir das Vergnügen und die Ehre, Euch zu Eurem bevorstehenden Parteitag unsere besten Glückwünsche zu übermitteln.
Da uns alle die Vorbereitung und die Durchführung des Rates der Sozialistischen Internationale in Anspruch nimmt, sind wir nicht in der Lage, eine Abordnung zu Eurer bedeutenden Veranstaltung zu entsenden.
Mit dieser Botschaft möchten wir Euch eine erfolgreiche Arbeit wünschen und Euch der Solidarität unserer Parteigenossen versichern.

In brüderlicher Verbundenheit
Jean-Pierre Métral
Sekretär für internationale Beziehungen

besuche, sondern Informationsreisen», meint er heute und merkt an, dass damals auch eine SVP-Delegation unter dem damaligen Präsidenten Walter (sic!) Hofer nach Bulgarien gereist sei. «Da hat man sich in SP-Kreisen in guter Gesellschaft gefühlt» (NZZ, 6. 4. 2000). Nach der Richtigstellung von Walther Hofer entschuldigt sich Hubacher tags darauf im gleichen Blatt für die *Fehl-information*: «Weil Hofer die Delegation führte, habe man geglaubt, es müsse sich um einen SVP-Besuch han-

deln.» In Wirklichkeit wollte 1976 eine offizielle parlamentarische Delegation in Sofia. Fünf National- und zwei Ständeräte aller vier Regierungsparteien folgten einer Einladung des bulgarischen Parlaments. Dem damaligen Parlamentsmitglied Hubacher hätte man eigentlich ein besseres Erinnerungsvermögen zugetraut; der SP-Guru würde allerdings besser geschwiegen haben.

Max Schio

Initiative zustandegekommen

Die Selbsthilfegruppe Licht der Hoffnung dankt den Mitgliedern und Sympathisanten der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE für die tatkräftige Unterstützung bei der Initiative für die lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter. Nachdem noch vor sechs Monaten über 60000 Unterschriften fehlten, konnte dank Hunderten von freiwilligen Helferinnen und Helfern die Initiative erfolgreich

abgeschlossen und am 3. Mai 2000 im Bundeshaus übergeben werden. Die Initiative verdeutlicht, dass es auch ohne Unterstützung von grossen Parteien und Verbänden möglich ist, ein Volksbegehren erfolgreich zu nutzen. Es zeigt jedoch auch die Grenzen einer Milizorganisation auf und beweist, dass die Unterschriftenzahlen für Volksinitiativen nicht weiter erhöht werden dürfen. Die Stimmbürger haben somit das letzte Wort und damit auch die Ver-

antwortung zu entscheiden, ob auch künftig Mehrfachtäter Hafturlaube erhalten sollen oder mit fragwürdigen psychologischen Gutachten entlassen werden können. Verschiedene Vorfälle der letzten Zeit zeigen auf, dass die Initiative bitter nötig ist.

Thomas Fuchs
Mitglied Initiativkomitee

Vorsicht: Russische Botschaften...

Seit dem Zusammenbruch der DDR und der CSSR, die wichtige geographische Ausgangspunkte für die Spionage Moskaus gegen Mittel- und Westeuropa darstellten, arbeitet diese zu einem Grossteil über die russischen Botschaften, Konsulate und Handelsmissionen. Sie dienen als nachrichtendienstliche Stützpunkte, in denen hauptamtliche Mitarbeiter der russischen Spionagedienste unter der Tarnung als Diplomaten vorgehen. Nach dem neuesten Jahresbericht des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz scheint dies besonders in unserem nördlichen Nachbarland der Fall zu sein, doch Anfang März beklagte auch der norwegische Justizminister ähnliche Aktivitäten; zwei Jahre zuvor hatte Oslo fünf solcher Pseudo-Diplomaten Moskaus ausgewiesen – kurz danach mussten in Helsinki zwei Angehörige der russischen Botschaft dort aus gleichen Gründen das Land verlassen.

Mitte Dezember letzten Jahres wiesen die USA den 2. Sekretär der Botschaft Moskaus aus: Ihm war es – angeblich erstmals – gelungen, im US-Aussenministerium heimlich eine «Wanze» anzubringen und damit über 50 Konferenzen abzuhören. Wie es heisst, bemerkte das FBI diesen Spionagefall bald und spielte dem Russen fortan zur Desinformation bewusst falsche Nachrichten zu. Der Russe fiel letztlich auf, weil er immer krampfhaft bemüht war, in der dem State Department direkt vorgelagerten Virginia Avenue einen Parkplatz zu bekommen. Unlängst erklärte die politische Regierung sogleich neun Mitglieder der diplomatischen Vertretung Russlands in Warschau zu «unerwünschten Personen»; wahrscheinlich gab es eine engere Verbindung zu dem Gerichtsprozess ausgerechnet gegen den Leiter der militärischen Abwehr Polens, der mit zwei weiteren Offizieren für den Kreml bis zum vergangenen Sommer gearbeitet hatte...

Auch unser Land bleibt von solchen Erscheinungen leider nicht verschont, man denke etwa an die Ausweisungen des 1. Sekretärs Rostislaw Duschik vor vier Jahren und eines Mitarbeiters der UN-Abteilung in Genf im Sommer 1998. Genau am Heiligabend 1999 verliess der russische «Diplomat»

Wladimir Alexanderwitsch die Schweiz. Acht Jahre zuvor hatte ein anderes europäisches Land seine Akkreditierung wegen Verdachts auf Spionage verweigert, er wurde dann längere Zeit in der russischen Hauptstadt eingesetzt, um dann Juli 1996 an die Moskauer Botschaft in Bern zu kommen. Ein gravierender nachrichtendienstlicher Fehler: Man hätte die alte Spionage-Regel beherzigen müssen, dass «verbrannte» – d.h. enttarnte – Agentenführer niemals wieder eingesetzt werden sollten! In der Tat sollte man davon ausgehen, dass unsere Behörden von Anfang an über seine wahre Tätigkeit informiert waren und ihn überwachten. Warum die Schweizer Presse den Vorfall faktisch totschwieg, ist unbekannt. Vielleicht – erneut – aus «vornehmer Zurückhaltung»? Moskau hingegen beschimpfte den Schritt der Schweiz in üblicher Art als «grobe Provokation»!

Das Vorgehen, einen Mitteleuropäer für die Spionage Moskaus zu gewinnen, ist dabei auf allen russischen Botschaften das gleiche: Will man mit einer Person in Kontakt treten, werden zunächst seine Gewohnheiten, seine Hobbies und gerade auch seine Schwächen ausgekundschaftet. Das direkte Ansprechen erfolgt scheinbar zufällig, das kann auf einem Botschaftsempfang sein, bei einem Konzert, im Theater – überall. Wichtig für den «Diplomaten» ist, auch auf privater Ebene möglichst bald ein Vertrauensverhältnis zu dem Spion in spe aufzubauen: Ziel ist es, bei diesem Hemmschwellen abzubauen, um von ihm nicht nur offene Nachrichten, sondern mit der Zeit auch vertrauliche und geheime Informationen zu erhalten. Fanden die Begegnungen beiderseits mit Ehefrauen und Kindern statt, so erfolgt nach gewisser Zeit ein Abkoppeln von diesen; der Russe behauptet dazu allgemein, man wolle lieber «von Mann zu Mann reden». Die nächste Stufe geht dann schon ins Konspirative, was eigentlich jeden Schweizer misstrauisch machen sollte: Eines Tages nämlich bittet dann der Russe, ihn nicht mehr in der Botschaft anzurufen –, die Verbindung vertraulich zu behandeln und gegenseitig geheime «Treffe» zu vereinbaren. Geld- und Sachgeschenke verstricken die Person mehr und mehr in ein (natür-



Der russische Präsident Putin: Russland will Weltmacht sein, militärisch und wirtschaftlich. Spionage ist dazu ein Mittel (Photo Keystone)

lich bewusst angestrebtes) Abhängigkeitsverhältnis. Der Schritt zur direkten Anwerbung für eine Spionage-Tätigkeit und damit zum Verrat an der eigenen Heimat ist nur noch gering. Bald erfolgen Unterweisungen im Funkverkehr und im Anlegen von «Toten Briefkästen» – heimliche Verstecke zum Hinterlegen der Spionage-Mitteilungen. Natürlich wird ihm mit schönen Worten versichert, bei einer Verhaftung würde man seine Familie unterstützen und alles tun, um ihn freizubekommen – das harte Leben der Spionage sieht indes ganz anders aus. Unter Waldimir Putin, heute der erste Mann Russlands und alter Fachmann im nachrichtendienstlichen Gewerbe, dürfte die Spionage Moskaus mit Sicherheit weiter intensiviert werden...

Dr. René Hänggi

In Kürze

Gedanken zur Einbürgerungspraxis 2000

«Die Heimatgemeinde ist mehr als blosser Rechtsbegriff, abseits von dieser papierenden Formel enthält der Ausdruck jene seltsame Verbindung von Blut und Boden, die aller Welt-offenheit Schranken setzt, jenes Verwachsensein von Land und Leuten, aus dem allein sich Volk und Staat aus seelischem Grund aufbauen.

Wohl sind Eidgenossen, und Kantonsbürger sind wir auch, beides aus verstandesmässigem Erfassen der geschichtlichen und geographischen Gegebenheiten, Schweizer aber mit dem Herzen und mit allen Fasern unseres Wesens sind wir erst durch die gefühlsmässige Verwurzelung im kleinen Heimatkreis, in der Gemeinde.»

Gottlieb Trachsel (1891–1958), Stadtpräsident von Burgdorf 1933–1949, Ehrenbürger. (aus Burgdorfer Jahrbuch 1959: «Zeitverwobenes aus dem Burgdorfer Rathaus»)



In der Diplomatie ist es ungehörig zu sagen, was man denkt. Politiker haben es da einfacher. Ihre Sätze fangen bisweilen mit «ich denke, dass...» an. Solche Eingeständnisse beruhigen die Wähler, die meistens nicht damit gerechnet haben.



Im März 1986 lehnte der Souverän den UNO-Beitritt ab. Mit über 75 Prozent Nein-Stimmen und bei einer Stimmbeteiligung von 50,7 Prozent.

Volksentscheide sind anscheinend für die Regierung Quantité négligeable, bedeutungslos. Von den damals amtierenden Bundesräten ist übrigens kein einziger mehr dabei. Die heutigen Mitglieder der Landesregierung scheren sich offenbar nicht um Entscheide, die das Volk vor ihrem Amtsantritt getroffen hat.

Schon 1986 hat das Departement Aubert mit Steuergeldern für den Beitritt geworben. Die Gegner, die die Mehrheit hinter sich hatten, bezahlten somit neben ihrer Propaganda auch noch einen Teil der «offiziellen» Werbung.

Seither hat die üble Sitte, das Stimmvolk mit Traktaten der Verwaltung gefügig zu machen, bedenkliche Ausmasse angenommen. Die Aktivität, mit der die Departemente Abstimmungsergebnisse in ihrem Sinn zu steuern versuchen, steht in krassem Gegensatz zur Sorglosigkeit, mit der die Regierung auf die frechen Angriffe aus den USA regierte. Hätte sie damals gegenüber der Arroganz von D'Amato und Konsorten ebenso viel Energie verschwendet, wären die Forderungen wohl auf ein Mass zurückgesetzt worden, das der tatsächlichen «Schuld» entspricht. Hilflos wie ein Neandertaler, der das Feuer ausgehen liess, stand die Regierung da und liess uns im Regen stehen. Bisweilen dachte man an Edel-Dilettanten. An

Stelle des Ruhegehalts müsste den Mitgliedern des Kollegiums eigentlich eine Hilflosenunterstützung ausgerichtet werden.

Sch.



Schlussbericht der Eidgenössischen Jugendsession:

Emanzen im Vormarsch?

Unter dem Rubrikttitel POLITIKERINNEN finden sich 18 Namen. Mehr als die Hälfte dieser POLITIKERINNEN sind männlichen Geschlechts. Den Bur-schen unter den AUSLANDSCHWEIZERINNEN geht es nicht besser, auch nicht den EXPERTINNEN und den NATIONAL- und STÄNDERÄTINNEN: Unter den zehn, die an der Diskussionsrunde teilnahmen, finden sich lediglich drei Damen (der SP, die im übrigen die Mehrheit stellte).

Da kommt dem Leser unversehens das Wort «Indoktrination» in den Sinn. Und wer zwischen den Zeilen liest, der merkt, dass die Jugend neben Politik auch noch für anderes «sensibilisiert» wird. Bei Orwell heisst sie «Neusprach».

Sch.

Impressum

Druck und Administration:
Schwarzenburger Druck+Verlag AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Fax 031 332 57 13
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint viermal jährlich.
Lesezuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident)
3172 Niederwangen
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier)
3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll)
3018 Bern-Bümpliz
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach

J-Stempel

Professor Kreis publiziert im Chronos-Verlag (!) ein neues Buch zum Thema J-Stempel. Der Autor unserer Broschüre «Die J-Stempel-Saga», Dr. Max Keller, nimmt Stellung.

In der Neuen Zürcher Zeitung vom 18. 4. 2000 befasst sich Thomas Maisen mit der «Rückkehr des J-Stempels», einer «Streitschrift in eigener Sache» von Professor Georg Kreis gegen die «nationalistischen Revisionisten», die eine «Mitschuld der Schweiz» an diesem Stigma bestreiten. Wie er festhält, ist für die Beurteilung dieser Frage ent-

scheidend, wer 1938 ein Interesse daran hatte, die Personaldokumente deutscher Juden zu kennzeichnen. Darauf findet sich im Ludwig-Bericht eine klare Antwort (S. 125): «Zur Durchführung ihrer Gesetze und Verordnungen gegenüber den durch die Nürnberger Gesetze als Nichtarier bezeichneten Deutschen im In- und Ausland benötigt die deutsche Regierung «einen Ausweis, der den Nichtarier ausdrücklich bezeichnet». Die deutsche Regierung hatte also nicht nur ein Interesse, sondern stand für den Gesetzesvollzug vor der Notwendigkeit, die Personaldokumente der Nicht-

arier zu kennzeichnen. Das hat Dr. Best von der Gestapo, der Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation, Ende September 1938 den Vertretern der Schweiz erklärt. Und obwohl seither nichts bekannt geworden ist, was diese offizielle deutsche Erklärung verändern würde, wird ihr weder von der Unabhängigen Experten-Kommission noch von Professor Kreis Rechnung getragen, was natürlich nicht ohne Bedeutung für deren Arbeiten ist.

Dr. Max Keller

Werben Sie neue Mitglieder!

In Ihrem Bekanntenkreis gibt es bestimmt Gesinnungsfreunde, denen Sie den Beitritt zur Vereinigung PRO LIBERTATE empfehlen können.

Wir unterstützen Sie!

Mitglieder, Gönner und Sympathisanten könnten unentgeltlich bis zu je drei Exemplare der folgenden Broschüren bestellen:

- A «...so dass keiner mehr die Sprache des andern versteht»
- B Augenmass in militärischen Dingen
- C Das Ende der J-Stempel-Saga
- D Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945

Unserer Sendung liegt der Prospekt «Starke Argumente» bei. Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen im voraus bestens.



Bestellschein

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 2/00

Senden Sie mir unentgeltlich für persönliche Werbung:

- A Expl. C Expl.
- B Expl. D Expl.



Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds (ohne Mitgliedschaftspflichten)

Mitglieder und Gönner erhalten regelmässig unsere Publikationen.

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 2/00